

**95A38**

# Antrag

**an das 96. Landesschüler\*innenparlament der berufsbildenden Schulen**

**Initiator\*innen:** LSV-Vorstand (dort beschlossen am: 02.02.2026)

**Titel:** **Excuse me, wir haben 2026**

## **Antragstext**

1 Das LSP wolle beschließen,

2 Das LSP positioniert sich ausdrücklich, umfassend und unmissverständlich gegen  
3 politische Handlungen, Aussagen und Entscheidungen der aktuellen Bundesregierung  
4 sowie führender bundespolitischer Akteur\*innen, die im Widerspruch zu den  
5 Grundwerten der Menschenwürde, des Rechtsstaats, der Demokratie, der sozialen  
6 Gerechtigkeit und der universellen Menschenrechte stehen.

### **7 1. Verurteilung menschenfeindlicher und entwürdigender Rhetorik**

8 Das LSP verurteilt die fortschreitende Normalisierung menschenfeindlicher,  
9 klassistischer und rassistischer Sprache in der Bundespolitik. Öffentliche  
10 Aussagen wie jene von Friedrich Merz, in denen Armut, Migration oder soziale  
11 Notlagen als angebliches „Problem für das Stadtbild“ dargestellt werden,  
12 degradieren Menschen zu Störfaktoren gesellschaftlicher Ordnung.

13 Diese Rhetorik entmenschlicht Betroffene, verschiebt gesellschaftliche  
14 Verantwortung auf Individuen, legitimiert Ausgrenzung und Verdrängung und trägt  
15 maßgeblich zur gesellschaftlichen Spaltung bei. Sie widerspricht unmittelbar der  
16 im Grundgesetz verankerten Unantastbarkeit der Menschenwürde.

17           **2. Scharfe Verurteilung rechtswidriger Zurückweisungen an den deutschen**  
18           **Außengrenzen**

19           Das LSP verurteilt das Verhalten des Bundesinnenministers Alexander Dobrindt  
20           aufs Schärfste und distanziert sich in jeglicher Hinsicht von den angeordneten  
21           Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen.

22           Diese Maßnahmen verstößen gegen das Grundgesetz, geltendes europäisches Recht  
23           sowie internationale Flüchtlings- und Menschenrechtskonventionen. Die  
24           Missachtung gerichtlicher Urteile stellt einen schwerwiegenden Angriff auf  
25           Rechtsstaatlichkeit, Bindung der Exekutive an Recht und Gesetz und  
26           Gewaltenteilung dar und darf in einem demokratischen Rechtsstaat nicht folgenlos  
27           bleiben.

28           **3. Verurteilung des Abbaus sozialer Sicherungssysteme**

29           Das LSP verurteilt den fortschreitenden Abbau sozialer Sicherungssysteme,  
30           insbesondere Verschärfungen beim Bürgergeld sowie Kürzungen und Einschränkungen  
31           von Unterstützungsleistungen wie der Pflegestufe 1.

32           Diese Politik trifft gezielt Menschen in prekären Lebenslagen, erhöht  
33           Armutsrisiken, kriminalisiert soziale Not und widerspricht dem  
34           verfassungsrechtlich verankerten Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes. Soziale  
35           Sicherheit ist kein Kostenfaktor, sondern Grundlage demokratischer Teilhabe.

36           **4. Verurteilung der Anhebung des Renteneintrittsalters**

37           Das LSP verurteilt Forderungen und politische Bestrebungen nach einem späteren  
38           Renteneintritt ausdrücklich.

39           Diese Forderungen ignorieren reale Arbeitsbedingungen, gesundheitliche  
40           Belastungen sowie soziale Ungleichheiten in Erwerbsbiografien und  
41           Lebenserwartung. Ein späterer Renteneintritt bedeutet für viele Menschen  
42           faktisch Altersarmut oder Erwerbsunfähigkeit statt eines würdevollen  
43           Lebensabends.

44           **5. Verurteilung arbeitnehmer- und sozialfeindlicher wirtschaftspolitischer**  
45           **Positionen**

46           Das LSP verurteilt wirtschafts- und sozialpolitische Aussagen führender  
47           politischer Akteur\*innen, unter anderem von Katharina Reiche und Lars Klingbeil,

48 die eine neoliberale Logik reproduzieren, die soziale Rechte,  
49 Arbeitszeitverkürzung und soziale Absicherung primär als Kosten- oder  
50 Standortfaktoren darstellen.

51 Diese Positionen folgen einer neoliberalen Logik, verschieben gesellschaftliche  
52 Risiken auf Beschäftigte, stärken Profitinteressen zu lasten sozialer  
53 Gerechtigkeit und untergraben das Vertrauen in demokratische und  
54 sozialstaatliche Versprechen.

## 55 **6. Verurteilung der faktischen Wiedereinführung der Wehrpflicht**

56 Das LSP verurteilt die faktische Wiedereinführung der Wehrpflicht bzw.  
57 wehrpflichtähnlicher Zwangsmodelle ausdrücklich.

58 Diese Entscheidung wurde gegen den erklärten Willen eines großen Teils der  
59 jungen Menschen getroffen, ohne ernsthaften gesellschaftlichen oder  
60 generationengerechten Dialog und ohne ausreichende demokratische Beteiligung der  
61 unmittelbar Betroffenen.

62 Die Wehrpflicht stellt einen massiven Eingriff in die Grundrechte junger  
63 Menschen dar und greift tief in deren Lebensplanung, Bildungs- und Berufswege  
64 sowie in das Recht auf persönliche Freiheit ein. Junge Menschen wurden hierbei  
65 ohne ausreichenden gesellschaftlichen Dialog sowie ohne substantielle  
66 demokratische Beteiligung der unmittelbar Betroffenen beteiligt. .

## 67 **7. Kritik an einseitigen und völkerrechtsblinden Positionierungen im 68 Israel-Palästina-Konflikt**

69 Das LSP distanziert sich von undifferenzierten und einseitigen Positionierungen  
70 der Bundesregierung im Israel-Palästina-Konflikt, die das Leid der  
71 palästinensischen Zivilbevölkerung ausblenden oder relativieren.

72 Das LSP bekennt sich zur universellen Gültigkeit des Völkerrechts, zum Schutz  
73 der Zivilbevölkerung auf allen Seiten und zur konsequenten Ablehnung von  
74 Kriegsverbrechen unabhängig von den Verantwortlichen. Menschenrechte sind  
75 unteilbar und dürfen nicht selektiv angewendet werden.

## 76 **8. Demokratische Verantwortung und historische Verpflichtung**

77 In Anbetracht der deutschen Geschichte, insbesondere der Verbrechen des  
78 Nationalsozialismus, ist jede Relativierung von Menschenrechten, jede

79 menschenfeindliche Rhetorik sowie jede Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien  
80 in besonderem Maße zu verurteilen.

81 Demokratie erfordert die aktive Verteidigung der Grundrechte aller Menschen  
82 – insbesondere derjenigen, die politisch, sozial oder ökonomisch weniger Macht  
83 besitzen.

## 84 **9. Verurteilung des Angriffs auf queere Sichtbarkeit, Pressefreiheit und** 85 **demokratische Öffentlichkeit**

86 Das LSP verurteilt das Verbot der Regenbogenflagge an öffentlichen Gebäuden  
87 sowie die politischen Aussagen von Julia Klöckner, die queere Sichtbarkeit aus  
88 staatlichen Räumen verdrängen.

89 Das Verbot der Regenbogenflagge ist kein Ausdruck staatlicher Neutralität,  
90 sondern ein bewusster politischer Akt gegen queere Menschen. Die  
91 Regenbogenflagge steht für Grundrechte, Vielfalt und den Schutz vor  
92 Diskriminierung. Ihre Verbannung aus öffentlichen Räumen normalisiert  
93 Ausgrenzung.

94 Darüber hinaus verurteilt das LSP die Relativierung des rechtsextremen  
95 Medienportals NIUS sowie dessen Gleichsetzung mit unabhängigen journalistischen  
96 Medien wie der taz. Diese Gleichsetzung verharmlost rechte Hetze, delegitimiert  
97 kritischen Journalismus und untergräbt die demokratische Öffentlichkeit.  
98 Rechtsextreme Propaganda ist kein legitimer Teil pluralistischer  
99 Medienlandschaft.

## 100 **10. Kritik an Scheinbeteiligung in der Bildungspolitik (Karin Prien)**

101 Das LSP kritisiert die von Bildungsministerin Karin Prien propagierte  
102 Beteiligungsretorik als Scheinbeteiligung, bei der Schüler\*innen, Eltern und  
103 pädagogische Fachkräfte zwar formal angehört, aber in wesentlichen  
104 bildungspolitischen Weichenstellungen kaum wirksam einbezogen werden.

105 Trotz öffentlicher Bekenntnisse zu „Beteiligung auf Augenhöhe“ werden  
106 Entscheidungen zu Stellenabbau, Ressourcenzuteilung und strukturellen Reformen  
107 häufig ohne echte Mitbestimmungsrechte der Betroffenen getroffen. Eine solche  
108 symbolische Partizipation konterkariert den demokratischen Bildungsauftrag von  
109 Schule, verhindert gelebte Demokratieerfahrung und trägt zur Entfremdung junger  
110 Menschen von politischen Prozessen bei.

111       **11. Kritik an zentralisierenden und europaskeptischen Positionierungen von**  
112       **Merz und Söder**

113       Das LSP kritisiert die aktuellen Äußerungen von Bundeskanzler Friedrich Merz und  
114       CSU-Chef Markus Söder, in denen die Europäische Union vor allem als  
115       bürokratisches Hindernis und „Überregulierungsapparat“ dargestellt wird und ein  
116       umfassender Rückbau europäischer Regulierung gefordert wird.

117       Diese Rhetorik schwächt die Legitimität der EU als demokratische und  
118       rechtsstaatliche Ebene, reduziert sie auf Standort- und Wettbewerbslogik und  
119       blendet ihre Bedeutung für Menschenrechte, Sozialstandards und Friedenssicherung  
120       aus.

121       Zugleich propagiert Söder die Reduzierung der Zahl der Bundesländer und eine  
122       „Verschlankung“ des Föderalismus, indem kleinere Länder als kaum lebensfähig und  
123       „nicht wettbewerbsfähig“ abgewertet und größere Einheiten als „erfolgreicher“  
124       dargestellt werden.

125       Diese Vorschläge orientieren sich primär an ökonomischer Leistungsfähigkeit und  
126       ignorieren demokratische, kulturelle und historische Aspekte des Föderalismus  
127       sowie das Recht der Bürger\*innen auf regionale Selbstbestimmung. Ein solcher  
128       Diskurs bereitet den Boden für eine weitere Zentralisierung von Macht, schwächt  
129       föderale und europäische Ausgleichsmechanismen und gefährdet damit die  
130       demokratische Balance zwischen kommunaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene.

131       Das LSP fordert:

132       Die sofortige Beendigung aller rechtswidrigen Zurückweisungen an den deutschen  
133       Außengrenzen und die uneingeschränkte Umsetzung gerichtlicher Entscheidungen.

134       Eine vollständige, transparente und öffentliche Aufarbeitung der rechtswidrigen  
135       Maßnahmen des Bundesinnenministeriums sowie die rechtliche Verantwortung der  
136       handelnden Personen.

137       Ein klares politisches Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und  
138       universellen Menschenrechten.

139       Den Ausbau statt Abbau sozialer Sicherungssysteme sowie eine armutsfeste soziale  
140       Absicherung.

141       Die Ablehnung eines späteren Renteneintritts und die Sicherung eines würdevollen

- 142 Ruhestands für alle Menschen.
- 143 Eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen  
144 orientiert und nicht an Profit- und Standortlogiken.
- 145 Die sofortige Revision und Rücknahme der faktischen Wiedereinführung der  
146 Wehrpflicht sowie aller wehrpflichtähnlichen Zwangsmodelle.
- 147 Eine umfassende demokratische Aufarbeitung der Wehrpflicht-Entscheidung und die  
148 verbindliche Einbindung junger Menschen in alle sie betreffenden politischen  
149 Entscheidungen.
- 150 Eine konsequent völkerrechtsbasierte Außenpolitik ohne Doppelstandards.
- 151 Die klare Abgrenzung aller demokratischen Parteien von menschenfeindlicher,  
152 rassistischer, sozialdarwinistischer und autoritärer Politik.
- 153 Die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD gemäß Artikel 21  
154 Absatz 2 des Grundgesetzes.
- 155 Die verbindliche, rechtlich abgesicherte und ressourcengestützte Beteiligung von  
156 Schüler\*innen, Eltern und pädagogischen Fachkräften an allen bildungspolitischen  
157 Entscheidungen – jenseits bloßer Anhörungen und unverbindlicher Konsultationen –  
158 sowie eine klare Absage an Scheinbeteiligung in der Bildungspolitik.

## Begründung

Die aktuellen politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zeigen eine besorgniserregende Häufung von Maßnahmen, Aussagen und Diskursverschiebungen, die zentrale demokratische, soziale und rechtsstaatliche Prinzipien untergraben.

Die zunehmende Entmenschlichung gesellschaftlicher Gruppen durch politische Sprache – etwa durch die Darstellung von Armut, Migration oder queerer Existenz als „Problem“ – schafft die Grundlage für reale politische Ausgrenzung. Sprache formt politische Realität. Wer Menschen rhetorisch abwertet, bereitet ihre Entrechtung vor.

Besonders alarmierend sind die wiederholten Verstöße gegen rechtsstaatliche Prinzipien. Die rechtswidrigen Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen sowie die Missachtung gerichtlicher Entscheidungen stellen einen offenen Angriff auf die Gewaltenteilung dar. Ein demokratischer Rechtsstaat lebt davon, dass staatliches Handeln an Recht und Gesetz gebunden ist – nicht an politische Opportunität.

Parallel dazu wird der Sozialstaat systematisch geschwächt. Der Abbau sozialer Sicherungssysteme, Forderungen nach einem späteren Renteneintritt und eine zunehmend arbeitnehmerfeindliche Wirtschaftspolitik verschärfen soziale Ungleichheit und gefährden gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese Politik verlagert strukturelle Probleme auf Individuen und widerspricht dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes.

Die faktische Wiedereinführung der Wehrpflicht ohne demokratische Legitimation und gegen den erklärten Willen vieler junger Menschen zeigt zudem eine wachsende Entkopplung politischer Entscheidungen von demokratischer Beteiligung. Junge Menschen werden mit weitreichenden Pflichten belastet, ohne angemessen beteiligt zu werden.

Ebenso offenbart die Bildungspolitik von Karin Prien die Problematik einer Scheinbeteiligung: Unter dem Verweis auf Dialog? und Beteiligungsformate werden Schüler\*innen, Eltern und Lehrkräfte bei zentralen Entscheidungen – etwa beim Abbau von Lehrerstellen und der Prioritätensetzung in der Schulentwicklung – häufig vor vollendete Tatsachen gestellt. Die formale Anhörung ohne reale Entscheidungsmacht vermittelt Beteiligung nur symbolisch und unterminiert demokratische Lern? und Erfahrungsräume an Schulen.

Gleichzeitig erleben wir Angriffe auf queere Sichtbarkeit, Pressefreiheit und demokratische Öffentlichkeit. Das Verbot der Regenbogenflagge sowie die Relativierung rechtsextremer Medien und deren Gleichsetzung mit unabhängigen journalistischen Angeboten verschieben den öffentlichen Diskurs nach rechts und normalisieren demokratifeindliche Positionen.

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ist diese Entwicklung besonders besorgniserregend. Die Lehren aus dem Nationalsozialismus verpflichten zu einer aktiven Verteidigung von Menschenwürde, Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Öffentlichkeit. Diese Verpflichtung wird zunehmend missachtet.

Das Erstarken der AfD, die in wesentlichen Teilen offen gegen die freiheitlich?demokratische Grundordnung agiert, macht deutlich, dass Demokratie sich wehren muss. Ein Parteiverbotsverfahren ist kein Angriff auf demokratische Vielfalt, sondern ein verfassungsrechtlich vorgesehenes Mittel zum Schutz der Demokratie.

Die zentralisierenden und europaskeptischen Vorstöße von Merz und Söder fügen sich in dieses Gesamtbild ein. Die Abwertung der EU als „Bürokratiewust“ sowie die Forderung nach einer Reduzierung der Zahl der Bundesländer verschieben den Fokus weg von demokratischer Teilhabe, Ausgleich und Solidarität hin zu einer technokratischen Wettbewerbs?Logik. Damit wird ein Diskurs befördert, der transnationale und föderale Strukturen als bloßes Effizienzproblem behandelt und demokratische Kontroll? und Beteiligungsebenen zur Disposition stellt.

Das LSP setzt mit diesem Antrag ein klares und unmissverständliches Zeichen:

gegen Menschenfeindlichkeit, gegen Rechtsbruch, gegen soziale Kälte und gegen autoritäre Normalisierung – für Menschenwürde, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und eine offene Gesellschaft.